



POSITIONSPAPIER DER
BERLINER SCHÜLER UNION
FÜR DEN WAHLKAMPF ZUR WAHL
ZUM ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN
UND DEN BEZIRKSVERORDNETEN-
VERSAMMLUNGEN 2016

Beschlossen auf dem Landestag der Berliner Schüler Union am 23. Januar 2016

Inhaltsverzeichnis

	Forderung	Seite
1.	Wiedereinführung der Vorschulpflicht	3
2.	Erhöhung der Gelder zur Sanierung des Baubestandes und der Sanitäranlagen an Berliner Schulen	4
3.	Religionskunde als Bestandteil des Ethikunterrichtes	5
4.	Erste-Hilfe-Kurs Pflicht für Schüler	6
5.	Verpflichtende Schulexkursionen zu Gedenkstätten des Unrechts und der Demokratie	7-8
6.	Investition in die Turnhallen der Berliner Schul- und Vereinssports	9
7.	Lehrerausbildung verbessern	10
8.	Aufklärung über die Konsequenzen des Drogenkonsums	11
9.	Verstärkte Informationsveranstaltungen der Bundeswehr an Berliner Schulen	12
10.	Jährliches Singen der Nationalhymne und der Europahymne	13
11.	Reform des Cooper Testes	14

Wiedereinführung der Vorschulpflicht

Die Berliner Schüler Union fordert die Wiedereinführung der Vorschulpflicht.

Die Abschaffung der Vorschule durch den rot-roten Senat im Jahr 2005 war ein großer Fehler.

Vorschulen setzen darauf, Kinder spielerisch auf das System Schule vorzubereiten. Dadurch lernen Kinder schnell, selbstbewusst Dinge in die Hand zu nehmen. Es ist wichtig, dass die neuen Schüler mit einer gefestigten Persönlichkeit eingeschult werden, die sie durch das langsame Heranführen an den Schulalltag gewinnen. Gerade Kinder aus zugezogenen Familien brauchen hinsichtlich ihrer Sprachfähigkeiten bereits vor Schulbeginn eine sorgfältige Vorbereitung. Andernfalls ist die Chancengleichheit nicht gegeben, denn viele Kinder benötigen Jahre, um sich dem sprachlichen Durchschnitt ihrer Klasse anzupassen und können sich nicht mit den im Rahmenlehrplan vorgesehenen Themen auseinandersetzen.

Zu beachten sei jedoch, dass die jeweiligen Klassen nicht zu groß angelegt werden, damit die Lehrer sich um die Probleme jedes Kindes individuell kümmern können. Ebenso lernt das Kind Lehrer und wichtige Abläufe des Alltags schon vor Schulbeginn kennen. Somit haben die neuen Schulkinder an ihren ersten Tagen keinen enormen Druck.

Erhöhung der Gelder zur Sanierung des Baubestandes und der Sanitäranlagen an Berliner Schulen

Der Sanierungsbedarf an Berliner Schulen hat sich nach Jahren des Wegsehens zu geschätzten 2 Milliarden Euro aufsummiert, wobei man immer öfter auf immer groteskere Defekte trifft, die vielen Schülern die Motivation und Lust rauben zur Schule zu gehen. Inzwischen sind einstürzende Dächer, Pilzbefall oder stark verunreinigte Sanitäranlagen trauriger Alltag.

Im März 2015 erhielten die Bezirke 120 Millionen Euro aus dem „Sondervermögen Infrastruktur Wachsende Stadt“ (SIWA), wovon mindestens 70% in die Sanierung von Schulen floss. Ein erster Schritt, allerdings angesichts der zwei Milliarden Euro, die nötig wären, um den Baubestand komplett zu sanieren, nur ein lächerlicher Versuch der Sache Herr zu werden. Auch Ende des Jahres nun hat sich an der Bausubstanz der meisten Berliner Schulen nichts geändert. Deshalb fordert die Berliner Schüler Union mehr Gelder für die Berliner Schulen, damit eine angenehme Lernatmosphäre für alle Schüler gewährleistet werden kann.

Religionskunde als Bestandteil des Ethikunterrichtes

Die Berliner Schüler Union spricht sich dafür aus im Ethikunterricht einen stärkeren Fokus auf die Weltreligionen zu legen. Es soll ein umfangreiches Wissen über alle Weltreligionen vermittelt werden, um eine ausgeglichene Auseinandersetzung mit der Thematik und verständnisvolleres Zusammenleben der Religionsgemeinschaften zu fördern.

Erste-Hilfe-Kurs Pflicht für Schüler

Die Berliner Schüler Union fordert für Schüler der 7., 9., und 11. Klassen die Pflicht an einem Erste-Hilfe-Kurs teilzunehmen. Diese soll von der Senatsverwaltung organisatorisch und finanziell gefördert werden.

Nach den „Ausführungsvorschriften zur Sicherstellung der ersten Hilfe in Schulen“ von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport vom 10. November 2003 müssen laut Absatz 6.1 (b) mind. 10% der anwesenden Dienstkräfte (Lehrkräfte, Hausmeister, Sekretäre etc.) ausgebildete Ersthelfer sein. Dieser Nachweis muss bei Lehrkräften nur alle 5 Jahre erneuert werden. Wir halten dies für nicht ausreichend, denn besonders die Dienstkräfte die nicht zu den Lehrkräften gehören sind meistens schwer auffindbar und besonders in den Nachmittagsstunden nicht anwesend.

Wir fordern, dass jährlich ein Erste-Hilfe-Kurs, der auch für Fahranfänger verpflichtend ist, in den Schulen angeboten wird und alle 2 Jahre (reguläre Gültigkeit) belegt werden muss. Dieser Kurs soll von qualifizierten Ausbildungskräften vom Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland (ASB), dem Deutschen Roten Kreuz (DRK), der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), der Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) oder dem Malteser-Hilfsdienst (MHD) erfolgen.

Diese Maßnahme soll das Verantwortungsbewusstsein von Schülern zu Mitschülern stärken und auch bei Aktivitäten außerhalb des Schulgeländes für entscheidende Hilfestellung sorgen.

Des Weiteren sollen Schüler die nicht die finanziellen Möglichkeiten haben einen Fahrschulunterricht mit dem verbunden Erste-Hilfe-Kurs abzulegen oder schlichtweg diesen nicht benötigen, gefordert und dabei gefördert werden Kenntnisse von Lebensrettungsmaßnahmen zu erlangen.

Verpflichtende Schulexkursionen zu Gedenkstätten des Unrechts und der Demokratie

Die Berliner Schüler Union fordert, dass jeder Schüler verpflichtet wird, im Rahmen einer schulischen Exkursion in der 10. Klasse, eine Gedenkstätte der Grausamkeiten der SED-Diktatur sowie der NS-Diktatur zu besuchen. Ebenso sollen Schüler bis zur Vollendung des Mittleren Schulabschlusses eine Bezirksverordnetenversammlung und bis zur Vollendung der Sekundarstufe II das Abgeordnetenhaus von Berlin und den Deutschen Bundestag im Rahmen von schulischen Veranstaltungen besucht haben. Diese Exkursionen sollen vom Senat finanziell gefördert werden und von den Lehrkräften im Geschichtsunterricht (oder dem Nachfolgefach) organisiert werden. Denn das Erinnern an die Geschehnisse der Diktaturen auf deutschem Boden sehen wir als einen elementaren Bestandteil des Geschichtsunterrichts. Wir befürchten, dass im Laufe der Zeit diese Erinnerungskultur verloren gehen könnte und Schüler sich kein Bild von den Grausamkeiten, die mit Unrechtsstaaten verbunden sind, machen können. Dem kann ein Gedenkstättenbesuch wie beispielsweise des Stasi-Gefängnisses in Hohenschönhausen oder des Hauses der Wannseekonferenz entgegenwirken. Besonders wirksam ist dies, wenn Zeitzeugen über ihre Erlebnisse berichten können und gemeinsam mit Schülern über ihre Erfahrungen diskutieren. Selbstverständlich müssen diese Thematiken auch im Unterricht behandelt werden und die Exkursionen zeitlich passend erfolgen. Damit sollen besonders jene Schüler mit diesen Kapiteln der Geschichte konfrontiert werden, die außerschulisch nicht die Möglichkeit haben solche Stätten zu besichtigen. Berlin hat als eine Stadt, die fast 60 Jahre lang von neuzeitlichen Diktaturen geprägt war, besonders viele Orte der Erinnerung und dementsprechend sollten sich alle Berliner auch in der Pflicht sehen, sich mit dieser noch jungen Geschichte Berlins auseinanderzusetzen und dafür eintreten, dass sich Geschichte nicht wiederholt.

Eine maßgebliche Errungenschaft dieser Vergangenheit ist unsere heutige föderale und egalitäre Demokratie. In diesem Sinne hat beispielsweise jeder Berliner Jugendliche ab 16 Jahren bereits die Möglichkeit sein Kommunalparlament, die Bezirksverordnetenversammlung, zu wählen. In der Realität bleiben viele Jugendliche leider aus verschiedensten Gründen der Wahl und damit der demokratischen Mitbestimmung fern. Neben Wissenslücken über politische Themen und Mitbestimmungsmöglichkeiten, fehlt oft auch der direkte Bezug zu

kommunalpolitischen Entscheidungsgremien. Um auch diesem Trend entgegenzuwirken, halten wir es für unabdingbar, die Schüler zumindest durch schulische Exkursionen zur Beschäftigung und Auseinandersetzung mit dem Parlament der elementarsten föderalen Ebene anzureizen. Gleiches gilt dann auch ab einer höheren Klassenstufe und einem höheren Alter für den Berliner Landtag, das Abgeordnetenhaus, und den Deutschen Bundestag. Durch das Hautnah-Erleben und Besichtigen der für den eigenen Bezirk, bzw. die eigene Stadt, wichtigen Entscheidungsgremien und ggf. auch das Diskutieren und Austauschen mit einigen Abgeordneten sinkt die Distanz zur Politik und baut so ein anderes Verständnis bei Schülern für die Notwendigkeit und den Stellenwert der demokratischen Mitbestimmung auf.

Nur durch das Bewusstmachen der eigenen Geschichte und das Verstehen des politischen Systems können Schüler auch zu mündigen Bürgern wachsen. Schule soll dazu einerseits das theoretische Fundament liefern, aber nach unserer Auffassung auch das Kontingent an Wandertagen/ Exkursionen und sonstigen schulischen Veranstaltungen auch für den Praxisbezug nutzen. Gegenüber Kinobesuchen oder Besichtigungen von Museen zum wiederholten Male halten wir Schulexkursionen zu Gedenkstätten des Unrechts und der Demokratie um ein Vielfaches prioritär!

Investition in die Turnhallen der Berliner Schul- und Vereinssports

Die Berliner Schüler Union fordert, dass nunmehr in die Sportstätten der Bezirke investiert wird.

Seit Jahren wird das Thema des Schul-und Vereinssports stiefmütterlich behandelt. Dies hatte zur Folge, dass viele Sportstätten in den Bezirken marode und kaum noch nutzbar sind.

Des Weiteren sorgte die massenhafte Beschlagnahmung von Turnhallen, für die Nutzung als Flüchtlingsunterkunft, für Empörung. Denn so wurde nicht nur vielerorts der Sportbetrieb quasi lahmgelegt, sondern auch das Integrationspotenzial des Sports vollkommen außeracht gelassen.

Die Berliner Schüler Union fordert deshalb, dass schon jetzt in den Ausbau und in die Renovierung von Turnhallen investiert wird. Jede Turnhalle Berlins muss zumindest nutzbar sein. Des Weiteren muss die Beschlagnahmung von Turnhallen beendet werden. Dies ist keine Lösung weder für die Flüchtlinge, noch für die betroffenen Vereine und Schulen.

Starke Bildung und starke Integration braucht auch ein starkes Engagement im sportlichen Bereich.

Lehrerbildung verbessern

Die Berliner Schüler Union fordert, dass Lehramtsstudenten im ersten Studienjahr ein 2-wöchiges Praktikum in einer öffentlichen Grund- oder Oberschule absolvieren müssen, in dem sie auch selbst mind. 4 Unterrichtsstunden in Klassen bzw. Kursen unterrichten. Dies ist erforderlich, da immer mehr angehende Lehrer erst im Referendariat feststellen, dass sie Schwierigkeiten haben den Schülern mit der nötigen Autorität zu begegnen. Hinzukommt, dass sie auf Praxiserfahrungen fundiert entscheiden können, ob das Studienfach für sie geeignet ist. Dies würde den Schülern und Lehrern zu Gute kommen, da Schüler auf kompetentere und motiviertere Lehrer treffen würden, während die Studenten vor einem unglücklichen Berufsleben bewahrt werden würden. Auch würde es den Studenten einen zukünftigen Motivationsschub verleihen, den theoretischen Teil zu absolvieren.

Aufklärung über die Konsequenzen des Drogenkonsums

Die Berliner Schüler Union fordert im schulischen Rahmen eine bessere und verpflichtende Aufklärung über die Konsequenzen des Drogen- und Alkoholkonsums.

Ganz Deutschland steckt momentan in der Diskussion eine illegale Droge zu legalisieren. Cannabis gilt als die am häufigsten konsumierte illegale Droge der letzten Jahrzehnte. Jeder 13. Jugendliche in Deutschland zwischen 12 und 17 Jahren hat schon mindestens einmal im Leben Cannabis zu sich genommen. Vielen ist nicht bewusst, dass außer der auftretenden Beruhigung, die nach dem Konsum jeder Droge eintritt, bei Zunahme der Dosis auch Leistungseinbußen bei der Konzentrations- und Reaktionsfähigkeit eine Folge des Cannabiskonsums sind. Doch trotz solcher Fakten schrecken viele Jugendliche nicht vor dem Drogenkonsum zurück.

Die meisten Konsumenten von Drogen befinden sich im Jugendalter und damit im Alter des Lernens. Nicht allen ist vollumfänglich bewusst, dass die Schulbildung die Grundlage für die eigene Zukunft ist. Drogen schränken die Lernfähigkeit ein, vor allem im jugendlichen Alter sind Beeinträchtigungen des Gehirns und die damit entstehenden und bleibenden Schäden nicht ausgeschlossen.

Daher sind wir fest davon überzeugt, dass es dringend notwendig ist, Schüler mit guter und zielorientierter Aufklärung über die Konsequenzen des Drogenkonsums zu informieren, um Jugendliche davon zu überzeugen „Nein“ zu schädlichen Drogen zu sagen.

Verstärkte Informationsveranstaltungen der Bundeswehr an Berliner Schulen

Die Bundeswehr steht oft in der Kritik der Öffentlichkeit, teils aus stichhaltigen Gründen, aber auch aus nichtigen Gründen – welche zur Stimmungsmache gegen unsere Truppe genutzt werden. Im Vergleich zu anderen Ländern Europas und der Welt wird in Deutschland den Verteidigern unseres Grundgesetzes verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht und besonders aus den jüngeren Bevölkerungsteilen unserer Stadt mit unbegründete Kritik.

In anderen Bundesländern sind Informationsveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen gang und gäbe. In Berlin sind sie jedoch aufgrund von unwilligen Schulleitern und mangelndem Personal der sogenannten Jugendoffiziere, welche für Informationsveranstaltungen der Bundeswehr in Berlin zuständig sind, eine Seltenheit geworden. Dazu kommen diverse Bündnisse wie „Schule ohne Militär“ oder die Linksjugend „solid“, welche Veranstaltungen der Bundeswehr als Propaganda beschimpfen. Jedoch ist die Bundeswehr laut einem verfassungsgerichtlichem Urteil aus dem Jahre 1977 zufolge, sogar dazu verpflichtet über ihre Arbeit ausgiebig zu Informieren.

Laut Berichten der Jugendoffiziere ist Berlin eines der Bundesländer in dem die wenigsten Veranstaltungen gehalten werden.

Wir als Berliner Schüler Union müssen fordern daher eine Verstärkung der Informationsveranstaltungen der Bundeswehr an Berliner Schulen.

Jährliches Singen der Nationalhymne und der Europahymne

Das Lied der Deutschen zur Melodie des Kaiserliedes von Haydn ist eng mit der deutschen Geschichte und Identität verbunden und wurde so zur deutschen Nationalhymne.

Doch leider wird die Hymne fast nie im Alltag eines deutschen Bürgers gesungen, meist nur zu Spielen der Deutschen Fußballnationalmannschaft. Dabei wäre ein regelmäßiges gemeinschaftliches Singen der Hymne nicht nur ein klares Bekenntnis zur Bundesrepublik, sondern würde auch an die im Grundgesetz festgehaltenen Werte erinnern.

Auch wenn das Lied der Deutschen schon früh missbraucht und von den Nationalsozialisten fehlinterpretiert wurde, stellt der Text doch bis heute die Errungenschaften der deutschen Nation in den Vordergrund. Die dritte Strophe mit ihrem Wahlspruch „Einigkeit und Recht und Freiheit“ ist als Gedankenstütze und Wertemanifest für gegenwärtige Herausforderungen wichtiger denn je.

Ähnliches gilt für die Europahymne, die aus der Instrumentalfassung des Hauptthemas Ode an die Freude aus dem letzten Satz der neunten Symphonie Ludwig van Beethovens besteht und als Hymne der Europäischen Union auf eine ganz besondere Art und Weise die Werte und Ziele der EU verkörpert. Als überzeugte Demokraten, Deutsche und Europäer fordern wir deshalb, dass die deutsche Nationalhymne, beispielsweise in der Zeit um den Tag der Deutschen Einheit, und die Europahymne einmal im Jahr in allen Berliner Schulen gesungen werden.

Reform des Cooper Testes

Die Berliner Schüler Union fordert eine deutliche Reform des Cooper Testes, da zum jetzigen Zeitpunkt keine Chancengleichheit gegeben ist.

Die Benotung beim Cooper Test basiert zurzeit lediglich auf Leistungen, die enorm abhängig von den Grundvoraussetzungen der verschiedenen Schüler sind. Daher fordern wir eine grundsätzlich lockerere Benotung der Leistungen, sowie einen Ausgleich für Schüler, die unter einer Krankheit, wie beispielsweise Adipositas oder Asthma leiden, die ihre Lauffähigkeit einschränkt.